

Stellungnahme des Bundesverbandes für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie (bkj) zum Nationalen Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“

Der Aktionsplan ist darauf ausgerichtet, Kindern in Deutschland bessere Chancen und Möglichkeiten zu bieten, da durch gezielte Maßnahmen und Programme Kinder und Jugendliche in ihrer individuellen Entwicklung unterstützt und gefördert werden. Dies ist von entscheidender Bedeutung, da die Kindheit eine wichtige Phase ist, in der grundlegende Fähigkeiten und Fertigkeiten erlernt werden, die für das spätere Leben von großer Bedeutung sind. Indem der Aktionsplan auf die Stärkung der Bildung, Gesundheit und sozialen Integration von Kindern abzielt, legt er den Grundstein für eine positive und nachhaltige Entwicklung.

Der Aktionsplan berücksichtigt auch die Bedürfnisse und Herausforderungen von benachteiligten Kindern und Familien. Es ist erwiesen, dass soziale Ungleichheit und Armut negative Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die Entwicklung von Kindern haben können. Indem der Aktionsplan gezielt Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, zur Förderung der Chancengleichheit und zur Unterstützung von Familien in schwierigen Situationen vorsieht, trägt er dazu bei, die negativen Auswirkungen dieser Faktoren zu mildern. Dies ist ein wichtiger Schritt, um Kindern gleiche Startbedingungen zu ermöglichen und ihre psychische Gesundheit zu fördern.

Der Aktionsplan legt einen starken Fokus auf Prävention und Früherkennung von psychischen Problemen bei Kindern. Psychische Erkrankungen können das Wohlergehen und die Entwicklung von Kindern erheblich beeinträchtigen. Eine frühzeitige Identifizierung von Risikofaktoren und die Bereitstellung angemessener Unterstützung und Behandlung trägt dazu bei, psychische Probleme bei Kindern zu verhindern oder frühzeitig zu behandeln. Dies ist ein bedeutsamer Ansatz, um langfristig positive Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von Kindern in Deutschland zu erzielen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Nationale Aktionsplan "Neue Chancen für Kinder in Deutschland" aus psychologischer und psychotherapeutischer Sicht positiv zu bewerten ist. Der Plan legt den Fokus auf die Förderung der individuellen Entwicklung, die Unterstützung benachteiligter Kinder und Familien sowie die Prävention und Früherkennung von psychischen Problemen bei Kindern und auch Jugendlichen.

Der vielfache Verweis auf den Abschlussbericht der IMA „Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona“ zielt auf die Handlungsempfehlungen, die dort erarbeitet wurden. Leider schreitet die Umsetzung vieler Maßnahmen nur langsam voran, insbesondere bei der Bedarfsplanung. Sonderbedarfszulassungen und Ermächtigungen reichen nicht aus, es braucht darüber hinaus eine neue Planung, die den aktuellen Bedarf für ambulante Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie in den Fokus rückt und die regionalen Unterschiede in der Versorgung im Sinne der gleichen Lebensverhältnisse für alle Heranwachsenden zielgerichtet abbaut.

Im Sinne der Prävention begrüßen wir die Stärkung gesundheitsbezogener Elternkompetenzen im frühkindlichen Bereich durch das Projekt „Elternchance“. Familien- und Elternbegleitung soll gestärkt werden. Dies ist eine gute Chance, die Zusammenarbeit mit Eltern in den Kindertageseinrichtungen zu verbessern. Auch die Perspektive der Förderung von Schulsozialarbeit im Rahmen des Ganztagschulbaus ist zu begrüßen. Es ist höchste Zeit Gesundheitsförderung als integralen Bestandteil in Kindertagesstätten und in der Schulentwicklung zu berücksichtigen. Wenn verstärkt Schulgesundheitsfachkräfte in den Einsatz kommen, ist das ein gutes und niedrigschwelliges Angebot. Es sollte bei deren Tätigkeitsprofilen jedoch auch in gleichberechtigter Weise um seelische Gesundheit gehen.

Aufgrund der föderalen Struktur und der Zuständigkeit der Länder und Kommunen kommen die Bundesmittel nicht immer auch wirklich in den Kitas und Schulen an. Insbesondere für finanzschwache Ländern und Kommunen ist das Instrument der Umsatzsteuererstattung zu intransparent, bzw. schwer kontrollierbar. Hier sollte der Bund Möglichkeiten prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass tatsächlich die Maßnahmen auch umgesetzt werden, die gefördert werden sollen.

Insbesondere alle Kommunen, die in Haushaltskonsolidierung sind, dürfen keine zusätzlichen freiwilligen Leistungen finanzieren, insofern sieht es nicht gut aus für Prävention über die bisherigen Angebote hinaus.

Vor diesem Hintergrund begrüße wir den Aktionsplan, leider werden die Bemühungen des Bundes wohl viele Kinder und Familien nicht erreichen.

Dr. Inés Brock-Harder

Vorsitzende des Bundesverbandes für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie